

Niederschrift

über die 6. Sitzung des Rates am 16.12.2021
(11. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	6
1 Einwohnerfragestunde	6
2 Errichtung einer Kindertagesstätte in Meerbusch - Nierst Vorlage: SIM/1425/2021	6
3 Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen, in der Kindertagespflege und in der Offenen Ganztagschule im Primarbereich Vorlage: FB2/1424/2021/1	7
4 Schulentwicklungsplanung weiterführende Schulen Vorlage: FB3/1426/2021	8
5 XIII. Änderungssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung Vorlage: FB5/1417/2021	9
6 XLIII. Änderungssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren Vorlage: FB5/1416/2021	9
7 XXXVI. Änderungssatzung zur Satzung über die Abfallentsorgungsgebühren Vorlage: DezIII/1413/2021	10
8 IX. Änderungssatzung zur Friedhofsgebührensatzung vom 21.12.2012; Hier: Änderung der Gebührentarife Vorlage: SB11/1415/2021	11
9 Live-Stream von Ratssitzungen ("Rats-TV") Vorlage: BJ/1427/2021	11
10 Interkommunales Gewerbegebiet Krefeld / Meerbusch Vorlage: BJ/1418/2021	12
11 Brandschutzbedarfsplan 2021 - 2026 Vorlage: FB1/1445/2021	14
11.1 Ergänzungsantrag der Fraktionen CDU und FDP vom 10.12.2012 zum Brandschutzbedarfsplan	15
12 Gebührensatzung für Standesamtsleistungen Vorlage: FB1/1433/2021	15
13 Wahl der Schiedsperson für den Bezirk 1 Vorlage: FB1/1428/2021	16
14 Wahl der stellvertretenden Schiedsperson für den Bezirk 1 Vorlage: FB1/1429/2021	16

15	Einigungsstelle nach dem LPVG; Bestellung des Vorsitzenden Vorlage: ZD/1444/2021 ...	16
16	3. Bericht zur Finanzsituation 2021 zum 30.11.2021 und coronabedingte Finanzschäden Vorlage: SFI/0525/2021	16
17	Beteiligungsbericht 2019 Vorlage: SFI/1448/2021	17
18	Verabschiedung der Haushaltssatzung 2022 Vorlage: SFI/1452/2021	17
19	Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung zur Aufhebung des Ratsbeschlusses vom 28.10.2021 über den Erlass der Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen am 05.12.2021 Vorlage: FB1/1447/2021	23
20	Anträge	23
20.1	Antrag der Fraktion Bündnis/Die Grünen bzgl. Klimafolgenanpassung Vorlage: BJ/0384/2021	23
20.2	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bzgl. Ausschussumbesetzung Vorlage: BJ/0379/2021	24
20.3	Antrag der CDU-Fraktion bzgl. Ausschussumbesetzung Vorlage: BJ/0382/2021	25
20.4	Antrag der Fraktion UWG/FW bzgl. Ausschussumbesetzung Vorlage: BJ/0383/2021	25
20.5	Antrag der Fraktion Die Fraktion bzgl. Ausschussumbesetzung	26
20.6	Antrag der Fraktion UWG/FW bzgl. beratendem Sitz im Ausschuss zur Zukunft der Feuerwehr	26
21	Anfragen	27
21.1	Anfrage des Rats Herrn Schalley vom 29.11.2021 bzgl. Organistenhaus Vorlage: BJ/0179/2021	27
21.2	Anfrage des Rats Herrn Rettig vom 12.12.2021 bzgl. Abbruchmaßnahmen Blomerhof/Lindenhof	27
22	Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	27
23	Termin der nächsten Sitzung: 17.02.2022	27
24	Verschiedenes	27

Sitzungsort: Forstenberghalle, Wittenberger Straße 21, 40668 MeerbuschEs gilt die 3G-Regel!

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:45 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Christian Bommers Bürgermeister

von der CDU-Fraktion

Frau Ilona Appel	Ratsmitglied
Herr Herbert Becker	Ratsmitglied
Herr Werner Damblon	Ratsmitglied
Herr Hans Jürgen Denecke	Ratsmitglied
Frau Marlis Docketor	Ratsmitglied
Herr Claus Fischer	Ratsmitglied
Herr Markus Frank	Ratsmitglied
Frau Berna Giousouf	Ratsmitglied
Herr Andreas Harms	Ratsmitglied
Herr Fabian Hasebrink	Ratsmitglied
Herr Andreas Hoppe	Ratsmitglied
Herr Heinz Berend Jansen	Ratsmitglied
Frau Nicole Joliet-Heising	Ratsmitglied
Herr Thomas Jung	Ratsmitglied
Herr Franz-Josef Jürgens	Ratsmitglied
Frau Norma Köser	Ratsmitglied
Herr Dr. Felix Nieberding	Ratsmitglied
Herr Max Pricken	Ratsmitglied
Herr Hans Werner Schoenauer	Ratsmitglied
Frau Petra Schoppe	Ratsmitglied
Herr Daniel Thywissen	Ratsmitglied
Herr Gerd van Vreden	Ratsmitglied
Herr Dr. Harald von Canstein	Ratsmitglied
Herr Jörg Wartchow	Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Dirk Banse	Ratsmitglied
Herr Hans Günter Focken	Ratsmitglied
Herr Dieter Jüngerkes	Ratsmitglied
Herr Heinz Jürgen Kaden	Ratsmitglied
Frau Christa Kohn	Ratsmitglied
Herr Georg Neuhausen	Ratsmitglied
Frau Heidemarie Niegeloh	Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt	Ratsmitglied
Frau Kirsten Danes	Ratsmitglied
Herr Thomas Gabernig	Ratsmitglied
Herr Ralph Jörgens	Ratsmitglied

Herr Karl Trautmann

Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Dario Dammer

Ratsmitglied

Frau Monika Driesel

Ratsmitglied

Herr Guido Fliege

Ratsmitglied

Frau Aliina Housden

Ratsmitglied

Frau Silke Hülsemann

Ratsmitglied

Frau Leoni Kanders

Ratsmitglied

Herr Joris Mocka

Ratsmitglied

Frau Barbara Neukirchen

Ratsmitglied

Herr Jürgen Peters

Ratsmitglied

Herr Joachim Quaß

Ratsmitglied

Frau Dr. Karen Schomberg

Ratsmitglied

Herr Christoph Weigele

Ratsmitglied

Frau Sarah Winter

Ratsmitglied

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Frau Daniela Glasmacher

Ratsmitglied

Frau Rita Henning

Ratsmitglied

fraktionsloses Ratsmitglied

Herr Zacharias Schalley

Ratsmitglied

Herr Heinrich Peter Weyen

Ratsmitglied

anwesend ab TOP 5 (17:25 Uhr)

von der Fraktion Die Fraktion

Herr Marc Becker

Ratsmitglied

von der Verwaltung

Herr Frank Maatz

Erster Beigeordneter

Herr Michael Assenmacher

Techn. Beigeordneter

Herr Stephan Benninghoven

Wirtschaftsförderungsreferent

Herr David Burkhardt

Pressereferat

Herr Michael Gorgs

Pressereferat

Herr Claus Klein

Service Immobilien

Herr Ulrich Mombartz

Vorsitzender Personalrat

Frau Claudia Müllejans

Gleichstellungsbeauftragte

Herr Wolfram Olbertz

Zentrale Dienste

Frau Franziska Salomon

Ratsbüro

Schriftführer

Herr Patrick Wirtz

Referent des Bürgermeisters

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Herr Jonas Kräling

Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Michael Billen

Ratsmitglied

Frau Nicole Niederdellmann-Siemes

Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Klaus Rettig

Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Torsten Schmitt

Ratsmitglied

von der Fraktion Die Fraktion

Herr Marco Nowak

Ratsmitglied

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Bürgermeister Bommers die anwesenden Mitglieder des Rates und der Verwaltung, Vertreter der Presse sowie anwesende Bürgerinnen und Bürger.

Sodann erfolgt die Verabschiedung des Leiters des Servicebereiches Immobilien, Claus Klein, der zum Ende des Jahres in den Ruhestand geht. Bürgermeister Bommers blickt im Rahmen einer Rede auf die Verdienste und den Werdegang des Claus Klein während seiner rund zwanzigjährigen Tätigkeit bei der Stadt Meerbusch zurück.

Zur Tagesordnung weist Bürgermeister Bommers auf kurzfristig eingereichte Anträge und Anfragen hin. Ratsfrau Glasmacher beantragt mündlich die Aufnahme einer zu beratenden Ausschussumbesetzung als TOP 20.6. Dem wird zugestimmt.

Die Beratungsvorlage unter TOP N 26 sei im Ausschuss vertagt worden und werde heute somit nicht weitergehend beraten und zur Beschlussfassung gestellt.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung bestehen nicht.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen von Einwohnern gestellt.

2 Errichtung einer Kindertagesstätte in Meerbusch - Nierst Vorlage: SIM/1425/2021

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung – vorbehaltlich der Zustimmung durch den Rat der Stadt Meerbusch - am Standort Alte Schule Nierst, schnellstmöglich einen Planentwurf zur Errichtung einer viergruppigen Kindertagesstätte zu erarbeiten und diesen dem Ausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.
2. Der Rat der Stadt Meerbusch beauftragt die Verwaltung, am Standort Alte Schule Nierst, schnellstmöglich einen Planentwurf zur Errichtung einer viergruppigen Kindertagesstätte zu erarbeiten und diesen dem Jugendhilfeausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsfrau Schoppe berichtet aus den Vorberatungen des Jugendhilfeausschusses.

3 **Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen, in der Kindertagespflege und in der Offenen Ganztagschule im Primarbereich** Vorlage: FB2/1424/2021/1

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt auf Empfehlung des Jugendhilfeausschusses und des Ausschusses für Schule und Sport die Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen, in der Kindertagespflege und in der Offenen Ganztagschule im Primarbereich auf Grundlage der dazu erfolgten Beschlussfassungen des Jugendhilfeausschusses vom 16.11.2021 und des Ausschusses für Schule und Sport vom 23.11.2021 gemäß der V. Änderungssatzung.

Die Änderung beinhaltet Anpassungen der Elternbeitragstabelle - Erhöhung der beitragsfreien Stufe auf 40.000 € sowie die Einfügung einer zusätzlichen Einkommensstufe ab 109.001 € und gleichmäßige Steigerungen der Beiträge in allen Beitragsstufen - für die Kindertageseinrichtungen, in der Kindertagespflege und der Offenen Ganztagschule im Primarbereich (Anlage zu § 4 der Satzung) mit Wirkung ab 01.01.2022.

Der Jugendhilfeausschuss und der Ausschuss für Schule und Sport haben beschlossen, auf die turnusgemäße 5%-ige Erhöhung der Elternbeiträge zur Abmilderung der Covid19-Folgen für die örtliche Gemeinschaft zu verzichten.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	24		
SPD			7
FDP	5		
Bündnis 90 / Die Grünen	13		
UWG	2		
Die Fraktion	1		
Schalley (AfD)	1		
Weyen (parteilos)			
Bürgermeister	1		
Gesamt	47	0	7

Ratsherr Neuhausen führt aus, dass den Forderungen der SPD-Fraktion im Ausschuss nicht gefolgt worden sei, dementsprechend werde die Fraktion sich enthalten.

Ratsherr Jörgens begrüßt die beabsichtigten Änderungen, sowohl der Umfang der Anpassung als auch der pandemiebedingte Verzicht auf die turnusgemäße Erhöhung seien sinnvoll.

4 Schulentwicklungsplanung weiterführende Schulen Vorlage: FB3/1426/2021

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Sport empfiehlt dem Rat der Stadt Meerbusch, die städt. Gymnasien und die städt. Maria-Montessori-Gesamtschule entsprechend der Schülerzahlprognose des Beratungsbüros Dr. Garbe, Lexis & von Berlepsch sukzessive aus- und/oder umzubauen, so dass diese mit folgender Zügigkeit geführt werden können:

Städt.-Meerbusch-Gymnasium 6-zügig

Mataré-Gymnasium 6-zügig

Maria-Montessori-Gesamtschule 6-zügig

Die Realschule Osterath wird weiterhin 4-zügig geführt.

Für jeden Schulstandort wird eine Machbarkeitsstudie (mit ausführlicher Phase 0) erstellt. Weiterhin erfolgt für jeden Schulstandort eine diesen Grundsatzbeschluss konkretisierende Beschlussfassung hinsichtlich Umfang und Kosten der Baumaßnahme durch den Ausschuss für Schule und Sport und den Rat.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	24		
SPD		7	
FDP	5		
Bündnis 90 / Die Grünen			13
UWG	2		
Die Fraktion	1		
Schalley (AfD)	1		
Weyen (parteilos)	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt	34	7	13

Ratsherr Jörgens und Ratsherr Damblon führen aus, dass zur künftigen Ausgestaltung der weiterführenden Schulen lange Diskussionen geführt worden seien, die nunmehr in ein positives Ergebnis mündeten. Die Konzeptionierung passe zum Bedarf und stelle die weiterführenden Schulen auch für die Zukunft gut auf. Dass ein Bekenntnis zum Erhalt der Realschule abgegeben worden sei, sei zu begrüßen und erhalte die Attraktivität der Schullandschaft insgesamt.

Ratsherr Neuhausen und Ratsfrau Kohn äußern ihre Enttäuschung, dass keine Entscheidung zugunsten einer zweiten Gesamtschule getroffen worden sei. Dies schränke die Chancengleichheit ein. Die SPD-Fraktion stimme daher gegen den Beschlussvorschlag.

Ratsherr Dammer weist darauf hin, dass zwar Handlungsdruck gegeben sei, der Aspekt der Gründung einer zweiten Gesamtschule sei jedoch nicht ausreichend diskutiert worden. Entsprechend werde sich die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen enthalten.

**5 XIII. Änderungssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung
Vorlage: FB5/1417/2021**

Beschluss:

Der Rat fasst folgenden Beschluss:

1. Die Schmutzwassergebühr für das Jahr 2022 wird auf 2,22 €/m³, die Niederschlagswassergebühr für das Jahr 2022 wird auf 0,97 €/m² festgesetzt. Die Gebührenkalkulation für das Jahr 2022 wird Gegenstand des Beschlusses.
2. Bei der Kalkulation der Schmutzwassergebühr wird die Überdeckung aus der Betriebskostenabrechnung 2018 mit den verbleibenden 120.827,73 € in die Kalkulation 2022 eingestellt. Das Betriebsergebnis 2019 wird 190.000,00 € ca. die Hälfte des noch verbleibenden Betrages (381.415,45 €) vorgetragen. Vom Betriebsergebnis 2020 werden 160.000 €, was ca. einem Drittel des Betriebsergebnisses entspricht, vorgetragen, so dass insgesamt ein Vortrag in Höhe von 470.827,73 € erfolgt.
3. Bei der Kalkulation der Niederschlagswassergebühr erfolgt aus der Überdeckung der Betriebskostenabrechnung 2018 ein kostenmindernder Vortrag in Höhe der verbleibenden 207.803,39 €. Vom Betriebsergebnis 2019 werden die verbleibenden 399.469,36 € in die Kalkulation vorgetragen. Vom negativen Betriebsergebnis 2020 (-113.442,70 €) werden -30.000,00 € in die Kalkulation 2022 vorgetragen. Insgesamt erfolgt ein Vortrag in Höhe von 577.272,75 €.
4. Die Jahresgebühr für das Ablesen der Wasserzweischenzähler, den Ersteinbau des Wasserzweischenzählers und die Zählerauswechslung im Rahmen des Eichgesetzes wird auf 25,78 € festgesetzt.
5. Die XIII. Änderungssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Meerbusch vom 01.12.2008 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsherr Quaß berichtet aus den Vorberatungen des Ausschusses für Klima, Umwelt und Bau.

**6 XLIII. Änderungssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren
Vorlage: FB5/1416/2021**

Beschluss:

Der Rat fasst folgenden Beschluss:

1. Die Anteile der Allgemeinheit an den einzelnen Straßengruppen werden wie folgt festgesetzt:

a) Anliegerstraßen	2 %
b) Fußgängerzonen	67 %
c) Innerörtliche Straßen	21 %
d) Überörtliche Straßen	30 %

2. Aus dem Betriebsergebnissen 2018, 2019 und 2020 werden folgende Beträge vorgetragen:

	Anliegerstraßen	Innerörtl. Straßen	Überörtl. Straßen	Fußgängerzonen
Vortrag Ergebnis 2018	7.154,47 €	-5.582,42 €	609,56 €	-60,20 €
Vortrag Ergebnis 2019	21.742,57 €	27.616,05 €	7.458,03 €	552,23 €
Vortrag Ergebnis 2020	-1.081,43 €	14.346,40 €	8.315,57 €	-349,76 €
Summe	27.815,61 €	36.380,03 €	16.383,16 €	142,27 €

3. Die Gebührensätze je Meter Grundstücksseite werden wie folgt festgesetzt:

a) Anliegerstraßen	1,60 €/m	(2021: 1,47 €/m)
b) Fußgängerzonen	9,96 €/m	(2021: 8,65 €/m)
c) Innerörtliche Straßen	3,84 €/m	(2021: 4,54 €/m)
d) Überörtliche Straßen	3,67 €/m	(2021: 4,20 €/m)

4. Die XLIII. Änderungssatzung wird beschlossen. Die Gebührenkalkulation wird Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsherr Quaß berichtet aus den Vorberatungen des Ausschusses für Klima, Umwelt und Bau.

7 XXXVI. Änderungssatzung zur Satzung über die Abfallentsorgungsgebühren Vorlage: DezIII/1413/2021

Beschluss:

Der Rat beschließt die XXXVI. Änderungssatzung zur Satzung über die Abfallentsorgungsgebühren. Die Gebührenkalkulation für das Jahr 2022 wird Gegenstand dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	24		
SPD	7		
FDP	5		
Bündnis 90 / Die Grünen	13		
UWG	2		
Die Fraktion	1		
Schalley (AfD)			1
Weyen (parteilos)	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt	54		1

Ratsherr Quaß berichtet aus den Vorberatungen des Ausschusses für Klima, Umwelt und Bau.

Ratsherr Schalley erklärt seine Enthaltung. Die Gebühren stünden unter dem Einfluss der coronabedingt erhöhten Abfallmengen des vergangenen Jahres und könnten somit nicht für sachgerecht erachtet werden.

**8 IX. Änderungssatzung zur Friedhofsgebührensatzung vom 21.12.2012;
Hier: Änderung der Gebührentarife
Vorlage: SB11/1415/2021**

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die IX. Änderungssatzung zur Friedhofsgebührensatzung mit einer Steigerung der Gebührentarife um durchschnittlich 8,03 % bei einem Kostendeckungsgrad von 80,01 %. Die Gebührenkalkulation wird Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsherr Quaß berichtet von den Vorberatungen des Ausschusses für Klima, Umwelt und Bau.

**9 Live-Stream von Ratssitzungen ("Rats-TV")
Vorlage: BJ/1427/2021**

Beschluss:

Der Rat beschließt, die ca. sieben Ratssitzungen im Jahr lediglich live im Internet zu streamen, sie aber weder aufzuzeichnen noch als Videoclip zur jederzeitigen Abrufbarkeit auf der Homepage der Stadt einzustellen.

Nach rund sechs Monaten soll eine Evaluation auf Basis der gesammelten Erfahrungswerte erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		1
SPD	7		
FDP	5		
Bündnis 90 / Die Grünen	13		
UWG	2		
Die Fraktion	1		
Schalley (AfD)	1		
Weyen (parteilos)	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt	54		1

Ratsherr Trautmann berichtet aus den Vorberatungen des Ausschusses für Digitalisierung und Informationstechnologie. Der Ausschuss habe sich für die alternative Beschlussfassung zum Streaming von rund sieben Ratssitzungen ausgesprochen und schlage dies dem Rat zur entsprechenden Beschlussfassung vor.

Ratsherr Neuhausen weist darauf hin, dass der Vorschlag einer Evaluation nach sechs Monaten im Ausschuss positiv aufgenommen worden sei und beantragt die entsprechende Anpassung des Beschlusses.

Ratsherr Damblon und Ratsherr Jörgens erörtern, dass es nunmehr in eine Pilotphase gehen müsse, die zu evaluieren sei - ein erster wichtiger Schritt zur weiteren Digitalisierung werde mit dem Beschluss getan. Wichtig sei dabei jedoch auch, dass Bürgerinnen und Bürger bei diesem Prozess mitmachen und die Angebote wahrnehmen.

Ratsherr Schalley weist darauf hin, dass ein Live-Stream in vielen Kommunen bereits Standard sei und im Sinne einer transparenten Demokratie wichtig wäre.

Ratsherr Bertholdt, Ratsherr Focken und Ratsfrau Driesel weisen darauf hin, dass die sachbezogenen Diskussionen in den Ausschüssen geführt würden. Demnach sei es perspektivisch wichtig, eine Erweiterung des Live-Streams auf die Ausschusssitzungen in Erwägung zu ziehen.

Ratsherr M. Becker stimmt der Relevanz einer Evaluierung zu, allerdings sollte diese gemäß dem beabsichtigten Beschluss erst nach rund sieben Sitzungen und nicht zwingend bereits nach einem halben Jahr erfolgen.

Sodann lässt Bürgermeister Bommers über den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Digitalisierung und Informationstechnologie, ergänzt um den Zusatz einer Evaluierung nach rund sechs Monaten, abstimmen.

10 Interkommunales Gewerbegebiet Krefeld / Meerbusch Vorlage: BJ/1418/2021

Beschluss:

1. Die in den Ratssitzungen am 04.07.2018 und 01.09.2020 zur Entwicklung eines Interkommunalen Gewerbegebietes mit Krefeld gefassten Beschlüsse werden aufgehoben. Die Planungen für das Interkommunale Gewerbegebiet werden nicht weiterverfolgt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, alternative Planungen zur alleinigen Entwicklung von Gewerbeflächen durch die Stadt Meerbusch zu prüfen und den zuständigen Gremien zur weiteren Beratung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zu 1.

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	24		
SPD		7	
FDP	5		
Bündnis 90 / Die Grünen	13		
UWG	2		
Die Fraktion	1		
Schalley (AfD)	1		
Weyen (parteilos)	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt	48	7	

Zu 2.

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	24		
SPD		7	
FDP	5		
Bündnis 90 / Die Grünen		13	
UWG		2	
Die Fraktion		1	
Schalley (AfD)		1	
Weyen (parteilos)		1	
Bürgermeister	1		
Gesamt	30	25	

Bürgermeister Bommers führt zu den Vorberatungen des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses aus. Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Fortführung des Projektes eines Interkommunalen Gewerbegebietes sei man hier nicht gefolgt, entsprechend sei der alternative Vorschlag zur Aufhebung der Beschlüsse sowie zur Prüfung alternativer Realisierungsmöglichkeiten für ein Gewerbegebiet auf Meerbuscher Stadtgebiet beschlossen worden.

Ratsfrau Dr. Schomberg beantragt die getrennte Abstimmung über den Beschlussvorschlag aus dem Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss (Absatz 1 und 2).

Ratsherr Peters führt zu diesem Antrag aus, dass eine Verlegung des Gewerbegebietes in die geographische Mitte Meerbuschs nahe dem Gewerbegebiet Bundenrott nicht wünschenswert sei, da dort – ebenso wie an der A44 – hochwertige Ackerböden versiegelt würden. Zudem solle die geographische Mitte der Stadt kein Gewerbegebiet sein. Weiterhin sei für diesen Bereich kein Planungsrecht vorhanden.

Ratsherr Damblon führt aus, dass die CDU nicht gegen die Entwicklung neuer Gewerbeflächen sei, vielmehr sei dringend ein weiteres Angebot zu schaffen. Der Prüfauftrag der Verwaltung sei daher sinnvoll.

Ratsherr Neuhausen äußert sein Unverständnis. Neue Planungen für ein Gewerbegebiet seien deutlich langwieriger als die Fortführung der Beschlüsse zur Realisierung des IKG, die SPD-Fraktion werde der bisherigen Linie für das IKG daher treu bleiben.

Ratsherr Jörgens begrüßt die Aufhebung der Beschlüsse zum IKG. Die Korrektur der seinerzeitigen Entscheidungen sei sinnvoll, um zu schnelleren Ergebnissen zu kommen. Die knappen Beschlussfassungen der vergangenen Jahre seien nicht wünschenswert gewesen. Solch wegweisende Entscheidungen zu großen Projekten sollten mit möglichst breiter Mehrheit gefasst werden.

Ratsfrau Glasmacher begrüßt die Aufhebung der Beschlüsse, da somit unverhältnismäßige Versiegelungen hochwertiger Ackerböden vermieden würden.

Ratsherr M. Becker weist darauf hin, dass ein Gewerbegebiet an der A44 mit Aufhebung der Beschlüsse nicht „gestorben“ sein solle, vielmehr ginge es hier nur um die interkommunale Entwicklung.

Auf Nachfrage nach der Zeitschiene einer alternativen Entwicklung an der A44 führt Technischer Beigeordneter Assenmacher aus, dass eine Änderung des Regional- sowie des Flächennutzungspla-

nes notwendig sei. Zudem sei im Bereich noch umfänglicher Grunderwerb notwendig, sodass ein Zeitraum von sieben bis acht Jahren zu erwarten sei.

Vor der Beschlussfassung zur Empfehlung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses lässt Bürgermeister Bommers zunächst über den ursprünglichen Beschlussvorschlag zur Fortführung des IKG abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		24	
SPD	7		
FDP		5	
Bündnis 90 / Die Grünen		13	
UWG		2	
Die Fraktion		1	
Schalley (AfD)		1	
Weyen (parteilos)		1	
Bürgermeister		1	
Gesamt	7	48	

Sodann erfolgt die Abstimmung über den Beschlussvorschlag des HFWA, getrennt nach Absatz 1 und 2.

11 Brandschutzbedarfsplan 2021 - 2026
Vorlage: FB1/1445/2021

Beschluss:

Der Rat beschließt den Brandschutzbedarfsplan 2021 – 2026 in der Fassung vom 26.11.2021. Die Verwaltung wird beauftragt, nach Erstellung der noch fehlenden Unterlagen bei der Bezirksregierung Düsseldorf den notwendigen Antrag auf eine Ausnahme nach § 10 BHKG zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bürgermeister Bommers berichtet aus den Vorberatungen des Ausschusses zur Zukunft der Feuerwehr sowie des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses.

Er verweist auf den unter TOP 11.1 zu beratenden Antrag der Fraktionen CDU und FDP zum Thema Konverter / Umspannanlage in der Brandschutzbedarfsplanung.

Die Fraktionen äußern ihren Dank an die Feuerwehr und die Verwaltung für die Erstellung des umfänglichen und aussagekräftigen Planes.

11.1 Ergänzungsantrag der Fraktionen CDU und FDP vom 10.12.2012 zum Brandschutzbedarfsplan

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, in den Gesprächen mit der Firma Amprion und der genehmigenden Behörde Rhein-Kreis Neuss das Gefahrenpotential, den Brandschutz- und verletzungsbedarf und die damit entstehenden Kosten sowohl für die Umspannanlage (in der finalen Ausbaustufe) als auch für den Konverter zu eruieren.
2. Erforderliche Mehraufwendungen für die Stadt Meerbusch sind im Rahmen einer Kostenübernahmeerklärung mit dem Betreiber Amprion zu vereinbaren.
3. Der Sonderausschuss für die Zukunft der Feuerwehr ist vor Unterzeichnung der entsprechenden Vereinbarung zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	24		
SPD	7		
FDP	5		
Bündnis 90 / Die Grünen	13		
UWG			2
Die Fraktion	1		
Schalley (AfD)	1		
Weyen (parteilos)			1
Bürgermeister	1		
Gesamt	52		3

Ratsherr Damblon führt zum Antrag aus, dass dieser eine politische Unterstützung für die Verwaltung zu den weiteren Verhandlungen mit Amprion im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zum Konverter darstellen solle. Es solle sichergestellt werden, dass Amprion alle Aufwendungen trage, die im Bereich des Brandschutzes durch den Betrieb des Konverters und der Umspannanlage ausgelöst würden.

Ratsherren Peters und Neuhausen sowie Ratsfrau Glasmacher erklären ihre Zustimmung zum Antrag.

Ratsherr Weyen stellt die Sinnhaftigkeit des Antrages in Frage. Ausgelöste Mehraufwendungen sollten in der Genehmigung des Rhein-Kreises Neuss berücksichtigt und Amprion auferlegt werden, nicht in einer Kostenübernahmeerklärung.

Sodann lässt Bürgermeister Bommers über den Antrag abstimmen.

12 **Gebührensatzung für Standesamtsleistungen** Vorlage: FB1/1433/2021

Beschluss:

Der Rat, beschließt die Satzung für die Amtshandlungen des Standesamtes Meerbusch nach dem Personenstandsgesetz (Gebührensatzung Standesamt) sowie die Übersicht über die Höhe der Gebührentarife.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**13 Wahl der Schiedsperson für den Bezirk 1
Vorlage: FB1/1428/2021**

Beschluss:

Der Rat beschließt, Frau Yumi Liebau, Anton-Holtz-Straße 32, 40667 Meerbusch, als Schiedsperson für den Bezirk 1 (Büderich) für die Dauer von 5 Jahren, zu wählen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**14 Wahl der stellvertretenden Schiedsperson für den Bezirk 1
Vorlage: FB1/1429/2021**

Beschluss:

Der Rat beschließt, Herrn Andreas Kijak, Unter der Mühle 13, 40667 Meerbusch, als stellvertretende Schiedsperson für den Bezirk 1 (Büderich), für die Dauer von 5 Jahren, zu wählen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**15 Einigungsstelle nach dem LPVG; Bestellung des Vorsitzenden
Vorlage: ZD/1444/2021**

Beschluss:

Der Rat beschließt, den Direktor des Arbeitsgerichtes Krefeld, Herrn David Hagen, Preußenring 49, 47798 Krefeld zum Vorsitzenden der Einigungsstelle zu bestellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**16 3. Bericht zur Finanzsituation 2021 zum 30.11.2021 und coronabedingte Finanzschäden
Vorlage: SFI/0525/2021**

Der Rat nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

Kämmerer Volmerich führt zu den Inhalten der Vorlage aus. Auf Nachfrage erläutert er hinsichtlich der nicht abgeflossenen Mittel für Investitionsmaßnahmen, dass sich deren Höhe einerseits aus neu geplanten Maßnahmen wie auch aus Übertragungen aus den Vorjahren zusammensetze. Hierbei

könnten aus Gründen nicht beeinflussbarer Entwicklungen Projekte nicht wie geplant umgesetzt werden, sodass die bereitgestellten Mittel nicht abfließen.

Ratsherr Peters äußert seinen Unmut, dass die fraktionsseitig erarbeitete Liste zu Einsparmöglichkeiten durch die Streichung von Maßnahmen nicht berücksichtigt werde.

Kämmerer Volmerich führt hierzu aus, dass die Erstellung dieser Liste in einer Phase gefordert wurde, in der die Liquidität für die geplanten Investitionsmaßnahmen nicht sicher prognostiziert werden konnte. Zwischenzeitlich habe sich die Finanzlage jedoch in der Form gebessert, dass keine geplanten Maßnahmen gestrichen werden mussten. Die Erstellung der Liste sei jedoch nicht „umsonst“ gewesen, da vor dem Hintergrund der Finanzlage auch weiterhin über die Durchführung von investiven Maßnahmen zu beraten sei.

Auf Nachfrage erläutert Technischer Beigeordneter Assenmacher, dass die noch nicht begonnenen Maßnahmen aus politischen, technischen oder planerischen Gründen noch nicht begonnen werden konnten. Dies sei bei der Maßnahmenplanung nicht vorhersehbar und könne daher nicht ausgeschlossen werden.

17 Beteiligungsbericht 2019 **Vorlage: SFI/1448/2021**

Beschluss:

Gemäß § 117 Absatz 1 GO NRW beschließt der Rat den Beteiligungsbericht für das Jahr 2019.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Kämmerer Volmerich führt zu den Inhalten der Vorlage aus.

Hinsichtlich der in der letzten Sitzung des Rates gestellten Frage zur unterschiedlichen Darstellung der Beteiligungen im Erläuterungsbericht sowie im Bericht zur überörtlichen Prüfung der gpa NRW erläutert er, dass dies anhand der Formvorgabe des Landes zur Erstellung des Beteiligungsberichtes geschehen sei. Mittelbare Beteiligungen seien hier nicht aufgeführt gewesen. Dies sei nunmehr geändert worden. Zudem sei ebenso die Beteiligung an der NRW.Urban KE GmbH aufgeführt, diese sei Ende 2019 geschlossen worden und entsprechend nunmehr ebenso berücksichtigt.

Sodann lässt Bürgermeister Bommers über den Beschlussvorschlag abstimmen.

18 Verabschiedung der Haushaltssatzung 2022 **Vorlage: SFI/1452/2021**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt den Erlass der Haushaltssatzung 2022 mit Anlagen gem. § 80 Abs. 4 GO NW in der vom Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfohlenen Fassung und einschließlich der heute gefassten Beschlüsse.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	24		
SPD		7	
FDP	5		
Bündnis 90 / Die Grünen			13
UWG	2		
Die Fraktion	1		
Ratsherr Weyen (fraktionslos)	1		
Ratsherr Schalley (AfD)	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt	35	7	13

Bürgermeister Bommers stellt fest, dass keine Einwendungen gem. §80 (3) GO NRW gegen den Entwurf der Haushaltssatzung vorliegen.

Er verweist auf die zu TOP 18 der heutigen Sitzung als Tischvorlage vorliegende Beschlussvorlage, in die die Ergebnisse der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses vom 09. Dezember 2021 eingearbeitet worden sind. Die Beschlussvorlage umfasst die Haushaltssatzung, die Veränderungsliste sowie die Liste der Sperrvermerke.

Sodann werden die einzelnen Produktbereiche zur Abstimmung gerufen.

Produktbereich 010 Innere Verwaltung**Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD		7	
FDP	5		
Bündnis 90 / Die Grünen	13		
UWG	2		
Die Fraktion	1		
Ratsherr Weyen (fraktionslos)	1		
Ratsherr Schalley (AfD)	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt	47	7	

Ratsfrau Docktor nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Produktbereich 020 Sicherheit und Ordnung

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD		7	
FDP	5		
Bündnis 90 / Die Grünen	13		
UWG	2		
Die Fraktion	1		
Ratsherr Weyen (fraktionslos)	1		
Ratsherr Schalley (AfD)	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt	47	7	

Ratsfrau Docktor nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Produktbereich 030 Schulträgeraufgaben

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD		7	
FDP	5		
Bündnis 90 / Die Grünen	13		
UWG	2		
Die Fraktion	1		
Ratsherr Weyen (fraktionslos)	1		
Ratsherr Schalley (AfD)	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt	47	7	

Ratsfrau Docktor nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Produktbereich 040 Kultur und Wissenschaft

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	24		
SPD		7	
FDP	5		
Bündnis 90 / Die Grünen	13		
UWG	2		
Die Fraktion	1		
Ratsherr Weyen (fraktionslos)	1		
Ratsherr Schalley (AfD)	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt	48	7	

Produktbereich 050 Soziale Leistungen

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Produktbereich 060 Kinder, Jugend- / Familienhilfe

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Produktbereich 080 Sportförderung

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	24		
SPD		7	
FDP	5		
Bündnis 90 / Die Grünen	13		
UWG	2		
Die Fraktion	1		
Ratsherr Weyen (fraktionslos)	1		
Ratsherr Schalley (AfD)	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt	48	7	

Produktbereich 090 Räumliche Planung und Entwicklung

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		1
SPD		7	
FDP	5		
Bündnis 90 / Die Grünen	13		
UWG	2		
Die Fraktion	1		
Ratsherr Weyen (fraktionslos)			1
Ratsherr Schalley (AfD)	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt	46	7	2

Produktbereich 100 Bauen und WohnenAbstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	24		
SPD		7	
FDP	5		
Bündnis 90 / Die Grünen			13
UWG	2		
Die Fraktion	1		
Ratsherr Weyen (fraktionslos)		1	
Ratsherr Schalley (AfD)			1
Bürgermeister	1		
Gesamt	33	8	14

Produktbereich 110 Ver- und EntsorgungAbstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	24		
SPD	7		
FDP	5		
Bündnis 90 / Die Grünen	13		
UWG	2		
Die Fraktion	1		
Ratsherr Weyen (fraktionslos)			1
Ratsherr Schalley (AfD)	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt	54		1

Produktbereich 120 Verkehrsflächen/- anlagen, ÖPNVAbstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	24		
SPD		7	
FDP	5		
Bündnis 90 / Die Grünen	13		
UWG	2		
Die Fraktion	1		
Ratsherr Weyen (fraktionslos)		1	
Ratsherr Schalley (AfD)	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt	47	8	

Produktbereich 130 Natur- und LandschaftspflegeAbstimmungsergebnis:

einstimmig

Produktbereich 140 UmweltschutzAbstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	24		
SPD		7	
FDP	5		
Bündnis 90 / Die Grünen	12		
UWG	2		
Die Fraktion	1		
Ratsherr Weyen (fraktionslos)	1		
Ratsherr Schalley (AfD)	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt	47	7	

Ratsfrau Kanders nimmt nicht an der Abstimmung teil.

Produktbereich 150 Wirtschaft und TourismusAbstimmungsergebnis:

einstimmig

Produktbereich 160 Allgemeine FinanzwirtschaftAbstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	24		
SPD		7	
FDP	5		
Bündnis 90 / Die Grünen			13
UWG	2		
Die Fraktion	1		
Ratsherr Weyen (fraktionslos)	1		
Ratsherr Schalley (AfD)	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt	35	7	13

Produktbereich 170 StiftungenAbstimmungsergebnis:

einstimmig

Sodann lässt Bürgermeister Bommers über den Beschlussvorschlag abstimmen.

- 19 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung zur Aufhebung des Ratsbeschlusses vom 28.10.2021 über den Erlass der Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen am 05.12.2021**
Vorlage: FB1/1447/2021

Beschluss:

Der Rat beschließt die Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung vom 22.11.2021 zur Aufhebung des Beschlusses des Rates der Stadt Meerbusch vom 28.10.2021 über den Erlass der Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen am 05.12.2021.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

20 Anträge

- 20.1 Antrag der Fraktion Bündnis/Die Grünen bzgl. Klimafolgenanpassung**
Vorlage: BJ/0384/2021

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt, wie bereits der Klima- und Umweltausschuss, das Konzept zur Klimafolgenanpassung.

Die Beschlussfassung zu den weiteren Inhalten des Antrages (nachfolgende Ziffern 2 bis 5) wird vertagt. Sie wird verwaltungsseitig im Rahmen einer Beschlussvorlage aufgegriffen und zur Beratung in den zuständigen Fachausschüssen sowie dem Rat gestellt.

2. Die Verwaltung wird beauftragt einen konkreten Umsetzungsplan zur Vorsorge bei Starkregen, Hitzebelastungen und Trockenperioden zu erarbeiten.
3. Alle Maßnahmen in den Bereichen Mobilität, Planung und Siedlungsentwicklung werden bezüglich ihrer Auswirkungen auf Mensch und Umwelt geprüft und bei den Planungen berücksichtigt. (Entspricht dem Grundsatzbeschluss der Klimaresolution).
4. In Zusammenarbeit mit der zuständigen Kreisverwaltung sind Notfallkonzepte für Hochwasser- und Hitzeereignisse zu erarbeiten.
5. Bildung eines Umwelt- und Nachhaltigkeitsbeirates mit Beteiligung
 - a. der Stabstelle Umwelt
 - b. dem Bürgermeister
 - c. dem FB 4, FB 5 und SB 11
 - d. Vertreter*innen der Fraktionen
 - e. evtl. Träger öffentlicher Belange

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23	1	
SPD	7		
FDP	5		
Bündnis 90 / Die Grünen	13		
UWG	2		
Die Fraktion	1		
Schalley (AfD)	1		
Weyen (parteilos)	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt	54	1	

Ratsherr Peters führt zu den Inhalten des Antrages aus. Aufgrund der Umfänge der Entscheidungen sei eine Beschlussfassung nicht nur durch den Klima-, Umwelt- und Bauausschuss, sondern ebenfalls durch den Rat sinnvoll.

Technischer Beigeordneter Assenmacher führt aus, dass verwaltungsseitig eine Beschlussvorlage zu den im Antrag aufgeführten Punkten erarbeitet werde. Diese solle dann in den zuständigen Fachausschüssen zur Beratung gestellt werden.

Ratsherr Neuhausen regt an, die Beschlussfassung zum Antrag zurückzustellen und im Rahmen der angekündigten Vorlage zu beraten.

Es besteht Einvernehmen, gemäß der Beschlussfassung des Klima-, Umwelt- und Bauausschusses das Klimafolgeanpassungskonzept zur Abstimmung zu stellen, die weiteren Punkte sollen mit der Beschlussvorlage der Verwaltung im Ausschuss für Planung und Liegenschaften sowie im Klima-, Umwelt- und Bauausschuss und im Rat beraten werden.

Sodann lässt Bürgermeister Bommers über diesen Beschlussvorschlag abstimmen.

20.2 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bzgl. Ausschussumbesetzung Vorlage: BJ/0379/2021

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt auf Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen folgende Ausschussumbesetzungen:

1. Ausschuss für Planung und Liegenschaften:
 - Setze Astrid Hansen und Egbert Meiritz in der Reihenfolge an das Ende der Liste
 - Setze Leoni Kanders für Aliina Housden
 - Setze Aliina Housden auf den freien Platz von Leoni Kanders
2. Klima-Umwelt-Bau-Ausschuss
 - Setze Astrid Hansen und Egbert Meiritz in der Reihenfolge an das Ende der Liste
3. Jugendhilfeausschuss
 - Setze Annette Wilhelmus für Monika Driesel
 - Setze Monika Driesel als Vertretung für Annette Wilhelmus

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**20.3 Antrag der CDU-Fraktion bzgl. Ausschussumbesetzung
Vorlage: BJ/0382/2021**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt auf Antrag der CDU-Fraktion folgende Ausschussumbesetzungen:

Ausschuss für Schule und Sport
setze Vertreter 7 Noah Mihan-Nejad

Ausschuss für Planung u. Liegenschaften
setze Vertreter 7 Olaf Geißler
setze Vertreter 8 Markus Walke

Ausschuss für Kultur
setze Vertreter 6 Olaf Geißler

Ausschuss für Mobilität
setze Vertreter 7 Utkan Armutlu
setze Vertreter 8 Markus Walke

Ausschuss für Klima, Umwelt, Bau
setze Vertreter 8 Oliver Knedel

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**20.4 Antrag der Fraktion UWG/FW bzgl. Ausschussumbesetzung
Vorlage: BJ/0383/2021**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt auf Antrag der Fraktion UWG / Freie Wähler folgende Ausschussumbesetzungen:

Schul- und Sportausschuss
Setze zusätzlich: Petra Hartmann-Bresgen
Setze zusätzlich: Vera Wiegner-Broscheit

Planungsausschuss
Setze zusätzlich: Wolfgang Müller
Setze zusätzlich: Petra Hartmann-Bresgen

Ausschuss für Klima, Umwelt, Bau
Setze zusätzlich: Wolfgang Müller
Setze zusätzlich: Petra Hartmann-Bresgen

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

20.5 Antrag der Fraktion Die Fraktion bzgl. Ausschussumbesetzung

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt auf Antrag der Fraktion „Die Fraktion“ folgende Ausschuss-umbesetzungen:

Für den Sozialausschuss:

Setze zusätzlich: Herrn Gerd Dieter Hünsele, Frau Jascha Küppers

Streiche: Herrn Mark Naundorf

Für den Digitalisierungsausschuss:

Streiche: Herrn Sigfried Frehe

Setze: Herrn Dirk Müller

Für den Schulausschuss

Setze zusätzlich: Frau Jascha Küppers

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

20.6 Antrag der Fraktion UWG/FW bzgl. beratendem Sitz im Ausschuss zur Zukunft der Feuerwehr

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt, dass die Fraktion UWG / Freie Wähler gemäß §58 (1) 7 GO NRW einen beratenden Sitz im Ausschuss zur Zukunft der Feuerwehr erhält.

Der Sitz wird wie folgt besetzt:

Setze als Mitglied:

Wolfgang Müller

Setze als stellvertretende Mitglieder:

Hartwig Spetsmann

Josef Gather

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

21 Anfragen

21.1 Anfrage des Rats Herrn Schalley vom 29.11.2021 bzgl. Organistenhaus Vorlage: BJ/0179/2021

Technischer Beigeordneter Assenmacher führt zur Anfrage des Rats Herrn Schalley aus, dass keine städtischen Vermessungsarbeiten im Bereich des „Organistenhauses“ durchgeführt worden seien. Zudem sei der Landschaftsverband Rheinland als obere Denkmalbehörde über das Verfahren informiert und beteiligt worden.

21.2 Anfrage des Rats Herrn Rettig vom 12.12.2021 bzgl. Abbruchmaßnahmen Blomertshof/Lindenhof

Die Antworten zur Anfrage sind der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

22 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Der Ausschuss nimmt die Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

23 Termin der nächsten Sitzung: 17.02.2022

24 Verschiedenes

PCR-Lolli-Tests in der Kindertagespflege

Ratsherr Mocka erkundigt sich nach der Einführung von PCR-Lolli-Tests in der Kindertagespflege.

Erster Beigeordneter Maatz führt hierzu aus, dass eine Anfrage zur Kostenübernahme seitens des Landes noch geprüft werde. Derzeit werde zudem noch nach einem Labor gesucht. Die Testungen seien im Vergleich zu denen in Kitas durch deutlich kleinere Pools in der Tagespflege anders zu kalkulieren. Bislang hätten 31 von 42 Tagespflegepersonen ihre Zustimmung zur Einführung der PCR-Lolli-Tests gegeben. Eine Wahlmöglichkeit bestehe nicht, eine Finanzierung des Landes werde entweder ganzheitlich für PCR-Lolli-Tests oder alternativ für PoC-Schnelltests gegeben.

e-Mobilität

Ratsherr Peters weist darauf hin, dass die Zahl der e-Ladesäulen im Stadtgebiet erhöht werden sollte um das Angebot zu verbessern.

Bürgermeister Bommers, Technischer Beigeordneter Assenmacher und Ratsherr Damblon führen hierzu aus, dass die Stadtwerke zuständig seien. Der Ausbau des Netzes orientiere sich grundsätzlich an der Nachfrage. Nach aktuellen Informationen seien die vorhandenen Säulen nicht ausgelastet. Im interkommunalen Vergleich sei die Stadt jedoch mit einem guten Netz ausgestattet, man werde zu diesem Thema dennoch weiterhin mit den Stadtwerken im Austausch bleiben.

Sachstand Q1-Tankstelle / Lidl Meerbuscher Straße

Ratsherr Focken weist auf den unansehnlichen Zustand des Geländes der ehem. Q1-Tankstelle hin und erkundigt sich nach dem Sachstand zur weiteren Überplanung des Areals.

Technischer Beigeordneter Assenmacher führt aus, dass der Aufstellungsbeschluss für einen B-Plan zur Errichtung eines Lebensmittelmarktes bekanntermaßen abgelehnt worden sei, etwaige Bauvoranfragen seien entsprechend negativ zu bescheiden. Hinsichtlich des Grundstückszustandes sei zunächst der Eigentümer verantwortlich, die Verwaltung stehe hierzu im Austausch.

Schutzimpfungen gegen das Corona-Virus

Ratsherr Trautmann dankt der Verwaltung, dem Deutschen Roten Kreuz und der Feuerwehr für die gute Organisation und Durchführung der Impfkationen und erkundigt sich nach den weiteren Planungen hierzu.

Bürgermeister Bommers führt aus, dass zum 02.01. die sonntägliche Impfkation in die Nusschale nach Osterath verlagert werde, das Angebot an der evang. Kirche in Büderich freitags bliebe bestehen. Bisläng sei insgesamt nach Aussage des Rhein-Kreises Neuss ausreichend Impfstoff vorhanden. Das Vakzin von BioNTech werde aufgrund der ausschließlichen Nutzung für Kinderimpfungen nur im Impfzentrum im Neusser Hammfeld eingesetzt, bei den mobilen Impfkationen in den Kommunen würden Moderna und Johnson & Johnson angeboten.

Fahrbahnabsackung Moerser Straße

Ratsherr Quaß weist darauf hin, dass Teile der Fahrbahn der Moerser Straße zwischen Bergfeld und Haus Meer abgesackt seien. Dies stelle eine Gefährdung für Zweiradfahrer dar.

Technischer Beigeordneter Assenmacher erklärt, dass die Straße als Landesstraße in die Baulastträgerschaft von Straßen.NRW falle, eine entsprechende Information werde an den Landesbetrieb weitergegeben.

Weitere Wortmeldungen bestehen nicht.

Meerbusch, den 13. Januar 2022

Christian Bommers
Bürgermeister

Patrick Wirtz
Schriftführer